

Erprobungsraum Rheinland 2013



Erfahrungsbericht ←

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
I. Motivation und Zielsetzung	3
II. Projekte	7
A. Schwerpunktthema Mobile und Vernetzte Verwaltung	8
1. „Erweiterte Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung	8
2. Elektronische Vergabe	10
3. Schwerlasttransporte	12
4. Mobile Government/Apps	16
5. Energiemanagement/CO ₂ -Zertifizierung	18
6. Kompetenzzentrum Rechtsberatung	19
7. Multikanalfähigkeit der Behördennummer 115	19
8. Ausländerwesen	23
B. Schwerpunktthema Offene Bildungsinfrastrukturen	25
1. Freie Bildungsmaterialien	25
2. LOGINEO	27
3. Bandbreitenübersicht	28
4. uCloud	29
5. Schulübergangsmanagement	30
6. Vorläufiges Resümee	30
C. Schwerpunktthema Open Data	31
1. Open Budget	31
2. Open Data Workshop	32
3. OGD-Cockpit (Initiative Köln – Bonn – Linz)	33
III. Zusammenarbeit mit der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN)	34
IV. Ausblick	35
V. Veranstaltungsübersicht 2013	36
VI. Abbildungsverzeichnis	40
VI. Literaturverzeichnis	41

I. Motivation und Zielsetzung

Die Bundesregierung richtet seit 2006 jährlich an wechselnden Orten den Nationalen IT-Gipfel aus. Ziel der Veranstaltung ist es, im Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft die Bundesrepublik Deutschland als Standort für Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zu stärken.

Der nationale IT-Gipfel wird von mehreren Arbeitsgruppen thematisch vorbereitet. Aus der Arbeitsgruppe 3 „Innovative IT-Angebote des Staates“ ist der Gedanke entwickelt worden, modellhafte IT-Lösungen im Sinne von Blaupausen in Erprobungsräumen zu entwickeln, zu testen, Erfahrungen auszutauschen und bewährte Lösungen umzusetzen.

Auf Initiative dieser Arbeitsgruppe ist bereits zum fünften Nationalen IT-Gipfel 2010 in Dresden die Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) als Modell- und Erprobungsregion für ein föderales, kooperatives und wirtschaftsorientiertes E-Government errichtet worden. Bedingt durch die geographische Lage in drei Bundesländern wurden und werden in der MRN Lösungen im Sinne von E-Government entwickelt, damit Verwaltungsprozesse nicht an den jeweiligen Zuständigkeiten und Organisations-/Landesgrenzen enden.

Die Entwicklung in dieser Region zeigt, dass die IT-Gipfel-Initiative dort wichtige Impulse gesetzt und eine nachhaltige Wirkung entfaltet hat, beispielsweise durch standardisierte Datenaustauschformate zwischen Wirtschaft und Verwaltung im elektronischen Antragsverfahren (Projekt P23R - Prozessdatenbeschleuniger), aber auch im Thema länderübergreifender Schwerlasttransporte.

Ermutigt durch die positiven Effekte in der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) wurde im Rahmen der Vorbereitungen zum siebten Nationalen IT-Gipfel 2012 in Essen vorgeschlagen, weitere Erprobungsräume für innovative IT-Angebote des Staates und der Kommunen einzurichten und diese zu vernetzen.

Die Stadt Köln ist als kommunales Mitglied in der Arbeitsgruppe 3 "Innovative IT-Angebote des Staates" vertreten. Aus dieser Rolle heraus wurde eine erste Ideenskizze für einen Erprobungsraum „Rheinland“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Region am 21.08.2012 im Kölner Rathaus erörtert.

Gerade im Rheinland, einer der wachstumsstärksten Regionen in der Bundesrepublik mit prosperierenden Unternehmen und hohen Zuwanderungsgewinnen denken und agieren sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Unternehmen immer stärker in regionalen, aber auch überregionalen Bezügen. Dies prägt die Anforderungen

Erprobungsräume:

1. *modellhafte Lösungen testen*
2. *Erfahrungen austauschen*
3. *bewährte Lösungen zum Einsatz bringen*

*Metropolregion Rhein-Neckar;
Modellvorhaben „Kooperatives
E-Government in föderalen
Strukturen“*

Erprobungsraum Rheinland

Wachstumsregion Rheinland

Verwaltungsprozesse sind übergreifend

und Erwartungen an die Verwaltung. Nur eine agile, vernetzte, innovativ die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik nutzende Verwaltung kann in diesem Umfeld ein attraktiver Standortfaktor im Wettbewerb der Regionen bleiben. Verwaltungsprozesse enden nicht an den jeweiligen Zuständigkeits- und Organisationsgrenzen.

Historie der Gründung

Diese Erkenntnis war der Anstoß, eine neue Form der interkommunalen Zusammenarbeit zu praktizieren und diese nach dem Vorbild der Metropolregion Rhein-Neckar in einem „Erprobungsraum Rheinland“ vorzubereiten.

Auftaktveranstaltungen im Herbst 2012

Die Beteiligten einigten sich darauf, zunächst auf Arbeitsebene Themenfelder der Zusammenarbeit zu identifizieren und auf dieser Grundlage die Chance zu nutzen, die Zusammenarbeit in der Wachstumsregion Rheinland zu stärken und praxistaugliche, innovative IT-Lösungen arbeitsteilig im Verbund zu realisieren.

Im September und Oktober 2012 wurden daraufhin mit hochrangigen Expertinnen und Experten in Arbeitssitzungen die Themenfelder des Erprobungsraums konkreter erarbeitet und abgestimmt. Dazu fanden in Köln zu jedem der vier nachstehenden Themengebiete Workshops statt (vgl. Abbildung 1).

Themen	Termin für Auftaktveranstaltung (Workshop) in Köln
Offene Bildungsinfrastruktur	17.09.2012
Open Data/Politische Teilhabe	28.09.2012
E-Government App-store (Informationsplattform für öffentliche Apps)	09.10.2012
Mobile, vernetzte Verwaltung	22.10.2012

Abbildung 1: Themen der Auftaktveranstaltungen

Offene Bildungsinfrastrukturen

Im Kooperationsfeld „**Offene Bildungsinfrastrukturen**“ geht es darum, frei zugängliche, offene IT-Angebote für Schulen bereitzustellen. Wegen der besonderen Herausforderungen des demographischen Wandels, des Fachkräftemangels und der Dynamik am Arbeitsmarkt liegt zum Einstieg der Schwerpunkt auf der beruflichen Bildung. Die Städte und Kreise arbeiten deshalb im Erprobungsraum Rheinland zusammen, um frei zugängliche, offene IT-Angebote zur Unterstützung der Lehr- und Lernprozesse, der Verwaltungsprozesse sowie der Informations- und Kommunikationsprozesse zwischen Schülerinnen und Schülern, Lehrkräften, Schulen und außerschulischen Organisationen, Schulträgern und Elternschaft zu entwickeln und bereitzustellen.

Mobile und vernetzte Verwaltung

Mit dem Arbeitsbereich „**Mobile und vernetzte Verwaltung**“ wird der Ausbau vernetzter Dienstleistungsangebote in der Region fortgesetzt. Seit geraumer Zeit wird in der Region die Behördennummer 115 in einem multizentrischen Ansatz vernetzt betrieben. Im Themengebiet wird die Entwicklung und Erprobung von Lösungen für mobile Behör-

denservices wie die wohnortübergreifende Kfz-Zulassung, mobile Dienste zum Anliegenmanagement, die flächendeckende Einführung der elektronischen Vergabe von öffentlichen Aufträgen oder der Aufbau von Wissensnetzwerken wie beispielsweise zwischen Rechtsämtern behandelt. Geplant ist auch ein gemeinsames Entwicklungszentrum für mobile Anwendungen und Applikationen.

Im Kooperationsfeld „**Offene Verwaltungsdaten/politische Teilhabe**“ werden aufbauend auf den positiven Erfahrungen in der Region mit Beteiligungsformen wie dem Bürgerhaushalt weitere Initiativen und Projekte gestartet, die den Zugang und den Zugriff auf Informationen der Verwaltung und eine stärkere Beteiligung in politischen Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen ermöglichen.

*Offene Verwaltungsdaten/
politische Teilhabe*

Ausgehend von Workshopergebnissen wurde eine entsprechende Vereinbarung zur Zusammenarbeit im Erprobungsraum Rheinland im Rahmen der Vorbereitung zum siebten Nationalen IT-Gipfel erarbeitet.

Am 12. November 2012, dem Vorabend des Gipfels, der 2012 in Essen und damit erstmals in Nordrhein-Westfalen stattfand, unterzeichneten 19 Vertreterinnen und Vertreter kommunaler Gebietskörperschaften aus der Region eine enge Zusammenarbeit im „Erprobungsraum Rheinland für innovative, vernetzte Verwaltung“. Ein Gruppenphoto der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner zeigt die Abbildung 2.

*Gründungsveranstaltung am
12.11.2012 in Essen*

Die Gründungsversammlung in Essen begleitete die Staatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe, Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern und Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik.

Stadt Aachen,	Landschaftsverband Rheinland,
Städteregion Aachen,	Kreis Mettmann,
Stadt Bonn,	Oberbergischer Kreis,
Kreis Düren,	Stadt Remscheid,
Stadt Essen,	Rhein-Erft-Kreis,
Kreis Euskirchen,	Rhein-Kreis-Neuss,
Kreis Kleve,	Rhein-Sieg-Kreis,
Stadt Köln,	Stadt Solingen,
Stadt Leverkusen,	Kreis Viersen,
	Stadt Wuppertal.

*Mitglieder im Erprobungsraum
Rheinland (Stand 01/2014)*

Als kommunale IT-Dienstleister sind das KRZ Niederrhein, LVR-InfoKom, regio iT und das Amt für Informationsverarbeitung der Stadt Köln beteiligt. Eine Übersicht der beteiligten Gebietskörperschaften enthält die Abbildung 3.



Abbildung 2: Unterzeichnung der Zusammenarbeit am 12.11.2012 in Essen

Das Rheinland wurde damit nach der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) der zweite bundesdeutsche „Erprobungsraum“ für IT-Angebote des Staates.

offen für weitere Mitglieder

Der Erprobungsraum ist offen für weitere Mitglieder und Themen.



Abbildung 3: Landkarte Erprobungsraum Rheinland

Die ersten Erfahrungen zeigen, dass die Gründung des Erprobungsraums Rheinland für innovative, vernetzte Verwaltung die regionale Zusammenarbeit nachhaltig stärkt, neue organisatorische und technische Lösungsansätze hervorbringt und einen stimulierenden Rahmen für die Verbindung der Akteure schafft. Schon jetzt ist erkennbar, dass alleine die personelle Vernetzung zahlreiche weitere Kooperationen in der Region anstößt.

Mit diesem Bericht wird zum achten IT-Gipfel in Hamburg eine erste Bilanz gezogen.

II. Projekte

Der Erprobungsraum Rheinland wurde bewusst nicht als neue Institution geschaffen, sondern vernetzt die Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in den teilnehmenden Kommunen und Einrichtungen. In ihm finden Expertinnen und Experten, Projektverantwortliche und Interessierte ein Netzwerk für den themenbezogenen Austausch.

*Selbstorganisationsfähigkeit
statt Institutionalisierung*

Ein starrer organisatorischer Rahmen würde – ganz abgesehen von Anfangsinvestitionen und den üblichen Gründungshindernissen – vor allem der Dynamik und Experimentierfreudigkeit innovativer Vorhaben nicht gerecht werden. Bewusst wird daher ein breiter Teilnehmerkreis mit Vertreterinnen und Vertretern aus Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und IT-Dienstleistern angesprochen. Denn es geht nicht nur um die Verbreitung technischer Lösungen, sondern vor allem um organisatorische Innovationen und nachhaltige Veränderungsprozesse.

Der Erprobungsraum ist als „Prozess von unten“ organisiert. Er setzt auf die Innovationskraft und Motivation engagierter Vordenkerinnen und Vordenker in der Region. Indem er sie zusammenbringt, stärkt er die Modernisierungskräfte vor Ort. Ebenso wichtig ist es, dass der Prozess von den höchsten kommunalen Repräsentanten, der Landesdirektorin des Landschaftsverbands, dem Städteregionsrat der Städteregion Aachen, den Oberbürgermeistern, Landräten, Stadt- und Kreisdirektoren getragen und unterstützt wird.

Dieser Erfahrungsbericht gibt eine erste Übersicht über die Vielfalt an Projekten im Erprobungsraum Rheinland. Die einzelnen Themen werden im folgenden eingehender beschrieben.

Im Nachgang zu diesem ersten Erfahrungsberichts werden künftig die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie weitere Interessierte mit einem Newsletter über die Aktivitäten in den Kooperationsfeldern informiert.

Newsletter

A. Schwerpunktthema Mobile und Vernetzte Verwaltung

Im Themengebiet der mobilen und vernetzten Verwaltung werden Lösungen für mobile Verwaltungsdienstleistungen entwickelt, in Piloten erprobt und als Blaupausen zur Verfügung gestellt. Der Adressatenkreis umfasst sowohl Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Institutionen als auch verwaltungsinterne Abläufe sowie die Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungseinheiten.

1. „Erweiterte Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung

Beschreibung:

*Pilotprojekt Rhein-Erft-Kreis
und Stadt Köln*

Die „Erweiterte Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung ist ein Beispiel für eine übergreifende Zusammenarbeit von Gebietskörperschaften im Erprobungsraum Rheinland. Sie wird als gemeinsames Pilotprojekt des Rhein-Erft-Kreises mit der Stadt Köln durchgeführt und dient als Blaupause für weitere Kooperationen.

Das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nord-Rhein-Westfalen hat die angestrebte Kooperation der beteiligten Kfz-Zulassungsstellen ausdrücklich begrüßt und seine Zustimmung gem. § 46 Abs. 2 Satz 3 der Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) formlos erteilt.

*gemeinsame Aufnahme der
Geschäftsprozesse*

In 2013 konnte die gemeinsame Aufnahme der Geschäftsprozesse, die bereits 2012 begonnen wurde, erfolgreich abgeschlossen werden. Die künftige gemeinsame Bearbeitungsweise wurde einvernehmlich festgelegt. Im Einzelnen sollen zunächst nachfolgend genannte Geschäftsprozesse der Kfz-Zulassung im Kooperationsprojekt angeboten werden:

- Außerbetriebsetzung
- Änderung von Daten der Kfz-Halterinnen und Halter
- Änderung Technikdaten
- Erstzulassung eines Gebrauchtfahrzeuges aus dem Ausland
- Ersatzschein
- Kurzzeitkennzeichen
- Neusiegelung von Kennzeichen
- Neuzulassung von Kraftfahrzeugen
- Umschreibung von außerhalb mit Wechsel von Kfz-Halterinnen und Haltern
- Umschreibung innerhalb / Umkennzeichnung anderer Kfz-Halterinnen und Haltern
- Umkennzeichnung gleicher Kfz-Halterinnen und Haltern
- Umschreibung von außerhalb ohne Wechsel von Kfz-Halterinnen und Haltern
- Vergabe Saisonkennzeichen mit Umkennzeichnung
- Vergabe / Löschung von Saisonkennzeichen
- Wiederezulassung nach Außerbetriebsetzung

Es wird derzeit eine bilaterale, öffentlich-rechtliche Vereinbarung erarbeitet, welche die vertragliche Grundlage für die gegenseitige und einvernehmlich einheitliche Wahrnehmung der Zulassungsaufgaben

zum Gegenstand haben wird. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf einer etwaigen Verschiebung der Kundenströme, die nicht zu Lasten des Einen bzw. zu Gunsten des Anderen eintreten darf. Die Kooperationspartner arbeiten daher auch an dem Entwurf von Ausgleichsregelungen.

Angesichts der Weite des Themenbereiches sind durch beide Kooperationspartner frühzeitig sowohl die jeweiligen Datenschutzbeauftragten als auch die IT-Sicherheitsverantwortlichen sowie die zuständigen Personalräte über die grundsätzlichen Inhalte der angestrebten Kooperation und die betroffenen Schutzbereiche informiert worden. Die Entwicklung der Kundenströme und der damit ggf. einhergehende, zu ändernde Personaleinsatz sind von besonderem Interesse.

Beide Kooperationspartner nutzen die gleiche IT-Fachanwendung; Wunschkennzeichen werden bei beiden Partnern online angeboten; es wird auf beiden Seiten elektronisch archiviert, allerdings mit unterschiedlichen Archivsystemen.

Soweit vorhanden, werden allgemein gültige Datenformate sowie Übermittlungsstandards und -strukturen genutzt, um nicht nur eine kostengünstige, sondern auch eine weitreichend verfügbare Realisierung zu etablieren.

*allgemein gültige Datenformate
und Übermittlungsstandards*

Ausblick:

Nach erfolgreich durchgeführtem Test soll die „Erweiterte Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung in das Tagesgeschäft überführt werden. Wesentliche technische Grundlagen für den Produktivbetrieb (automatisierter Zugriff auf die Einwohnermeldedaten, Handhabung und Übertragung von Archivierungsdokumenten) bedürfen noch der Entwicklung und Regelung. Weitere Abstimmungen erfolgen in Kürze.

Die Entwicklung einer Blaupause für die Ausweitung des Modells auf weitere Partner ist zwischen den Kooperationspartnern abgesprochen, aber noch nicht erstellt.

Blaupause in Planung

Parallel zur Testphase werden die notwendigen Vereinbarungen und Zustimmungen entwickelt und eingeholt. Zum anderen wird eine Entscheidungsvorlage für die Ratsgremien erarbeitet und in den Entscheidungsgang eingebracht, welche die Übernahme dieser neuen Aufgabe im Sinne des § 41 Abs. 1 Buchstabe s) GO NRW legitimiert. Die Produktivsetzung soll in gemeinsamer Abstimmung und nach Lösung der o.g. Klärungsbedarfe möglichst im ersten Halbjahr 2014 erfolgen.

Wirtschaftliche Effekte:

Die „Erweiterte Zuständigkeit“ in der Kfz-Zulassung ermöglicht die überörtliche Bearbeitung ausgewählter Zulassungsvorfälle. Damit trägt sie zu einer Verbesserung des Bürgerservices in der Region bei.

*Verwaltungsprozess endet
nicht an den Grenzen
der Kommunen*

Durch den interkommunalen Vergleich und die gemeinsame Betrachtung kann Standardisierung erzielt werden und eine angepasste IT-Unterstützung erfolgen.

Durch die Entwicklung der Blaupause und deren Bereitstellung an andere Kommunen wird eine vereinheitlichte und zeitnahe Ausweitung dieses Serviceangebots möglich sein.

2. Elektronische Vergabe

Beschreibung:

Die öffentliche Verwaltung vergibt jährlich in einem erheblichen Umfang Aufträge, wobei 300 Mrd. nur den untersten Schätzwert darstellt.¹ In Deutschland werden nach einer Schätzung jährlich etwa 120 bis 140 Millionen Rechnungen pro Jahr mit der Öffentlichen Verwaltung ausgetauscht.²

Daher besteht in den Kommunen nicht nur mit Blick auf die ab 2016 EU-weit verbindlich vorgeschriebene elektronische Vergabe, ein großes Interesse, den Vergabeprozess durchgängig medienbruchfrei elektronisch zu gestalten. Alleine durch die elektronische Rechnungserstellung wird ein Einsparpotenzial von über zwei Milliarden Euro im Öffentlichen Sektor prognostiziert.³

Im Erprobungsraum Rheinland fanden daher in mehreren Workshop-Terminen eine Betrachtung der Möglichkeiten zur elektronischen Vergabe und ein Austausch über bereits bestehende Erfahrungen statt. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten eine ganzheitliche Betrachtungsweise des Vergabeprozesses von der (internen) Bedarfsprüfung über die Vergabe bis zur Rechnungserstellung und Bezahlung.

Es gibt unterschiedliche Lösungsansätze für die verwaltungsinterne Vorbereitung einer Vergabe (Bedarfsprüfung, Erstellung der Lastenhefte, ...) und die Umsetzung der elektronischen Vergabe auf einem Vergabemarktplatz. Dies betrifft auch den Umgang mit einer möglichen Trennung von formaler Durchführung des Vergabeverfahrens und dessen inhaltlicher Vorbereitung.

In Köln werden beispielsweise alle Vergaben zentral vom Vergabeamt durchgeführt. Das zentrale Vergabeamt ist allerdings nur für die vergaberechtlichen Fragen zuständig; die fachliche Zuständigkeit verbleibt bei den Dienststellen.

In einer Auftaktveranstaltung wurde ein elektronischer Vergabemarktplatz (VMP) exemplarisch vorgestellt. Dieser VMP ist einer der Vergabesatelliten des nordrhein-westfälischen Vergabemarktplatzes „vergabe.NRW“.

*Elektronischer
Vergabemarktplatz*

¹ Vgl. z. B. Wallau, Frank Wallau/ Fieseler, Jörn und Kröber, Robert; Kosten der Prozesse öffentlicher Auftragsvergabe, in: AWV-Informationen Special II/2008, S. 9, <http://www.awv-net.de/cms/upload/awv-info/pdf/Info-Spezial-II-Br-abbau-2008-S9-13.pdf>, Abruf am 08.11.2013.

² Vgl. König, Wolfgang und Bernius, Steffen, Goethe-Universität Frankfurt, in: eGovernment Computing, online Ausgabe vom 06.11.2013, S. 2, <http://www.egovernment-computing.de/fachanwendungen/articles/423864/> Abruf am 08.11.2013.

³ Vgl. ebenda.

Weitere Vergabesatelliten sind eingerichtet für:

- die Wirtschaftsregion Aachen (Aachen, Düren, Euskirchen)
- Rheinland (Stadt Bonn, Stadt Brühl, Stadt Ratingen, Stadt Troisdorf, Rhein-Sieg-Kreis, Kreis Mettmann)
- Metropole Ruhr (Stadt Bottrop, Stadt Dortmund, Stadt Essen, Stadt Hagen, Stadt Marl)
- Westfalen
- Bau- und Liegenschaftsbetrieb (BLB) Nordrhein-Westfalen
- Land NRW.

Über den Vergabemarktplatz können Ausschreibungen auf der Internet-Plattform veröffentlicht werden. Die registrierten, potentiellen Bieterinnen und Bieter haben die Möglichkeit, die Angebotsunterlagen von der Plattform herunterzuladen und online Angebote abzugeben sowie gegebenenfalls Fragen im Zusammenhang mit der Ausschreibung zu stellen.

Beispielsweise wurden in Köln bisher mehr als 200 Verfahren über den Vergabemarktplatz abgewickelt; etwa 400 Angebote wurden digital unterbreitet. Schwerpunkt ist der Bereich der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB); im Bereich der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL) wurden bisher nur wenige elektronische Angebote abgegeben.

mehr als 200 Verfahren mit 400 Angeboten allein in Köln

Ausgehend vom Vergabemarktplatz entstand zudem auch der Wunsch, die internen Prozesse elektronisch zu unterstützen. Es wurde z. B. in Köln eine Lösung zur elektronischen Abwicklung von Vergabeverfahren und der Einführung der elektronischen Vergabeakte (e-Vergabeakte) auf Basis der Nutzung einer webbasierten, lediglich konfigurierten Standardlösung entwickelt. Maßgeblich war die Anforderung, keine Fachanwendung einzusetzen. Viele Bereiche der Kölner Verwaltung sind grundsätzlich in das Thema „Vergabe“ involviert, aber nur wenige befassen sich im Rahmen ihrer Aufgabenstellung regelmäßig damit, so dass der verwaltungsweite Einsatz einer Fachanwendung bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wenig Akzeptanz findet.

Elektronische Vergabeakte

Diese nunmehr gefundene Lösung ermöglicht allen am Vergabeprozess beteiligten Dienststellen den Zugriff auf die einzelnen Vergabevorgänge. Alle Ausschreibungsunterlagen werden papierlos weitergeleitet und bearbeitet. Durch ein Rechte- und Rollenkonzept werden die jeweiligen Zugriffsrechte festgeschrieben. Im Sinne der Korruptionsprävention und Transparenz werden alle Änderungen mit Hilfe einer Versionierung dokumentiert. Bearbeitungspuffer sind nicht vorgesehen: Angebote können jeweils bis zum Submissionstermin abgegeben werden.

Papierlose Ausschreibung

Künftig ist z. B. in Köln grundsätzlich eine verbindliche Nutzung der elektronischen Vergabeakte geplant. Dazu bedarf es noch einer neuen Vergaberichtlinie sowie entsprechender Abstimmung mit der Vergabekammer.

Verbindliche Nutzung der elektronischen Vergabeakte geplant

Der Bearbeitungsworkflow im Vorfeld der elektronischen Vergabeakte soll weiterhin in den einzelnen Dienststellen flexibel erfolgen, d. h. je nach Dienststelle ebenfalls elektronisch, aber auch in Papierform.

Flexibler Bearbeitungsworkflow

<i>Anwendergemeinschaft</i>	<p>Ausblick:</p> <p>Aus den Workshop-Terminen entstand eine Anwendergemeinschaft der Nutzer (der diversen Satelliten) des elektronischen Vergabemarktplatzes „vergabe.NRW“. Diese bündelt die kommunalen Anforderungen an die Lösung.</p>
<i>Bieterveranstaltungen geplant</i>	<p>Zudem wurde die gemeinsame Durchführung von Bieterveranstaltungen zu den unterschiedlichen Vergabepattformen vereinbart. Hier sind für Anfang 2014 erste Termine in Planung.</p>
<i>Vereinheitlichung der Zugangsprozesse</i>	<p>Aus diesen Aktivitäten resultiert die Überlegung, künftig eine Landkarte der elektronischen Vergabe für den Erprobungsraum Rheinland zu erstellen.</p>
<i>Gesamtprozess der Vergabe betrachten</i>	<p>Für die Zukunft wurde eine Dokumentation der Abläufe und Prozesse in Form von Prozesslandkarten angeregt, um eine Vereinheitlichung der Zugangsprozesse zu erreichen. In diesem Kontext wurde auch die Standardisierung der e-Vergabe (Stichwort „XVergabe“⁴) aufgegriffen.</p> <p>Wirtschaftliche Effekte:</p> <p>Durch die elektronische Vergabe und insbesondere den medienbruchfreien, durchgängigen elektronischen Vergabeprozess von der Bedarfsprüfung bis zur Bezahlung (Gesamtprozess Vergabe) sind dauerhafte erhebliche Kostenersparnisse insbesondere durch den Wegfall von Druck- und Papier- sowie Portokosten zu erwarten. Wegezeiten reduzieren sich, der Prozess wird beschleunigt und seine Transparenz erhöht.</p>
<i>Kompetenzen bündeln</i>	<p>Interkommunal ist nicht nur ein Erfahrungsaustausch im Sinne von best practices möglich, sondern es ergeben sich grundsätzlich Perspektiven, langfristig Kompetenzen in diesem sich beständig weiterentwickelnden Thema der Vergabe mit seinen spezifischen rechtlichen Anforderungen zu bündeln.</p>

3. Schwerlasttransporte

Beschreibung:

Die aktuellen Restriktionen für Schwertransporte, beispielsweise auf der Autobahnbrücke Leverkusen der A 1, führen zunehmend zu Schwierigkeiten bei der Genehmigung und Abwicklung von Großraum- und Schwertransporten. Daher ist eine Projektgruppe „Großraum- und Schwertransporte“ beim Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV) installiert worden, die die Möglichkeiten zur Verbesserung der Situation prüfen soll.

Diese hat u. a. eine Unterarbeitsgruppe "Open Data und Schwerlastnavigationssysteme" gebildet, die vier Arbeitspakete verfolgt:

⁴ Vgl. o. V., Projektbeschreibung des Vorhabens XVergabe: XVergabe ist ein 2007 im Rahmen von „Deutschland-Online“ initiiertes Projekt. Die Projektverantwortung liegt beim Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME), dem Land NRW und dem Beschaffungssamt des Bundesministeriums des Inneren.

<http://www.xvergabe.org/confluence/display/xv/Home>, Abruf am 22.11.2013.

1. Definition eines für Schwerlasttransporte relevanten Netzes in NRW
2. Pilotprojekt zur Erstellung eines Vorrangnetzes durch alle Beteiligten am Beispiel des Kölner Netzes
3. Entwicklung eines Vorgehens, um den Datenbestands für das Vorrangnetz „Schwerlast“ unter Nutzung der VEMAGS-Genehmigungsdaten und der (GPS-)Aufzeichnungen über gefährere Strecken aufzubauen
4. Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit der Metropolregion Rhein-Neckar.

Unterarbeitsgruppe "Open Data und Schwerlastnavigationssysteme" beim MBWSV in NRW

Primäres Ziel der Unterarbeitsgruppe "Open Data und Schwerlastnavigationssysteme" ist es, ein verkehrsplanerisch definiertes Vorrangnetz für den Schwerlastverkehr mit Mitteln und Methoden der modernen Informations- und Kommunikationstechnik mit relevanten Fachinformationen anzureichern und deren Nutzung und Zugriff, sofern zulässig, auch durch Transportunternehmen zu ermöglichen. Hierzu müssen Methoden entwickelt werden, diese Fachinformationen zu generieren, aufzubereiten und zur Verfügung zu stellen.

Vorrangnetz für den Schwerlastverkehr entwickeln

Die Unterarbeitsgruppe ist interdisziplinär besetzt. Neben Vertretern des MBWSV, des Landesbetriebes Straße, Verbandsvertretern und Vertretern der Kommune Stadt Köln arbeiten auch Vertreter der Transportunternehmen mit. Der Integration der in der Transportwirtschaft vorhandenen Fachdaten in ein elektronisches Fachinformationssystem wird eine große Bedeutung beigemessen. In ersten Gesprächen mit Vertretern der Transportunternehmen wurde seitens der Wirtschaft grundsätzlich die Bereitschaft signalisiert, Daten für ein solches System zur Verfügung zu stellen.

Die bisher in den Kommunen elektronisch verfügbaren Daten sind oftmals für Schwertransportgenehmigungen quantitativ und qualitativ nicht ausreichend. Es ist zwar in der Regel ein Hauptstraßennetz erfasst, dies dient aber nicht zur Feststellung bzw. einer Aussage über die Verfügbarkeit, d.h. Tragfähigkeiten, Lichtraumprofil o.ä. für dieses Genehmigungsverfahren. Durchfahrtshöhen und die Belastbarkeit der Straßenzüge sind aufgrund der verfügbaren Personalressourcen bislang nicht in ausreichendem Maße elektronisch erfasst worden. Als Handlungsaufgabe wurde daher erkannt, die technischen Daten systematisch (inhaltlich) aufzuarbeiten und in geeignete IT-Systeme zu überführen. Parallel sollen Musterstrecken (Positivstrecken) erarbeitet werden, zu denen entsprechende Daten digital vorliegen bzw. zeitnah erhoben werden müssten.

Daten nur bedingt digital verfügbar

Das derzeit in Kommunen für die Genehmigung im Einsatz befindliche Verfahren VEMAGS⁵ dient ausschließlich der Antragstellung von Schwerlasttransporten.

VEMAGS

In der Unterarbeitsgruppe "Open Data und Schwerlastnavigationssysteme" wird ein Konzept zum Pilotprojekt „Aufbau eines Datenbestandes für das Vorrangnetz Schwerlasttransporte am Beispiel der Stadt Köln“ entwickelt.

⁵ Vgl. o. V., VEMAGS = Verfahrensmanagement Groß- und Schwertransporte; <http://www.vemags.de/>, Abruf am 22.11.2013.

Pilotprojekt Stadt Köln mit MBWSV

Genehmigungsprozess „Schwerlast- und Schwerkrantransporte“

Austausch mit MRN

In Vorbereitung auf eine langfristige IT-Unterstützung wird zunächst der Genehmigungsprozess „Schwerlast- und Schwerkrantransporte“ unter besonderer Berücksichtigung der technischen Verantwortlichkeiten und der zu erbringenden Kontrollaufgaben aufgenommen, modelliert und analysiert. Dabei ist insbesondere zu klären, welche Daten für die Genehmigungsentscheidung bereits jetzt genutzt und wie diese Daten derzeit vorgehalten werden.

Als weiterer Prüfungsschritt sollen die Optimierungsansätze, insbesondere in Bezug auf eine Beschleunigung der Kommunikation der Fachdienststellen untereinander beschrieben werden. Abschließend muss und soll geprüft werden, welche Systeme die dargestellten Optimierungspotentiale bedienen.

Sowohl bei der Prozessanalyse als auch der Prozessoptimierung und der IT-Unterstützung wird der Austausch mit dem Erprobungsraum der Metropolregion Rhein-Neckar gesucht.

Die Arbeitsteilung der vorgenannten verschiedenen Arbeitskreise wird in der folgenden Übersicht (Abbildung 4) deutlich:

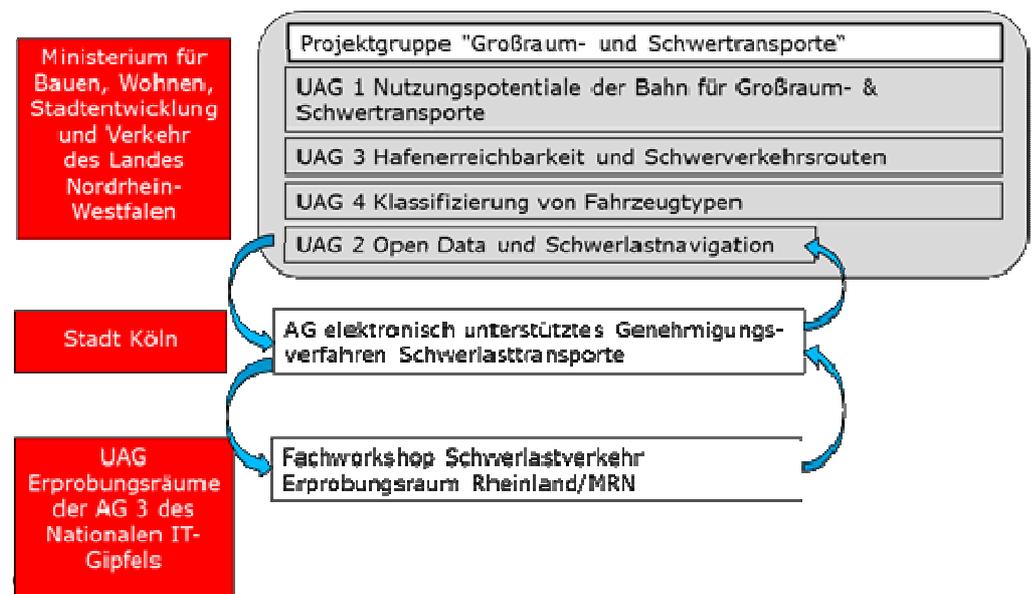


Abbildung 4: Aufbau und Verzahnung der Arbeitsgruppen⁴

1. Hauptziel ist es, Prozesse und Verfahren zu definieren, wie die genehmigungsrelevanten Fachdaten unter Beteiligung Dritter elektronisch erhoben und verarbeitet werden können, um sie im Genehmigungsprozess zu nutzen und, soweit zulässig, den Transportunternehmen zu Planungs- und Durchführungszwecken zugänglich zu machen.
2. Auf Basis der gemachten Erfahrungen sollen weitere Vorschläge zur Verwaltungsoptimierung des Genehmigungsprozesses identifiziert werden.
3. Darüber hinaus ist angedacht, das auf Basis der Fachdaten entwickelte Vorrangnetz prototypisch als regionales Beispiel im überre-

⁶ Quelle: Abbildung M. Werner, Stadt Köln

gionalen Unterstützungssystem „Integrationsnetz Straße“ einzu-
binden. Dabei wird besonderer Wert auf die Übertragbarkeit der
gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse auf andere Genehmi-
gungsbehörden gelegt.

Mit dem Projekt „Integrationsnetz Straße“ wird u.a. ein bundesweites
routingfähiges Straßennetz geschaffen, das auch für die Genehmi-
gung von Großraum- und Schwertransporten (VEMAGS) genutzt
werden kann. Durch die Integration des Pilotprojekts „Aufbau eines
Datenbestandes für das Vorrangnetz Schwerlasttransporte am Bei-
spiel der Stadt Köln“ (Vorrangnetz Köln) in das bundesweite Projekt
„Integrationsnetz Straße“ wird ein Vorgehensmodell aufgezeigt, wie
lokale bzw. regionale Fachdaten in den bundesweiten Genehmi-
gungsprozess übergeben werden können. In diesem Projekt wird
modellhaft beschrieben, wie das um lokale/regionale Daten angerei-
cherte „Integrationsnetz Straße“ dazu beitragen kann, den Genehmi-
gungsprozess weiter zu optimieren.

Ausblick:

Das Pilotprojekt „Aufbau eines Datenbestandes für das Vorrangnetz
Schwerlasttransporte am Beispiel der Stadt Köln“ wurde initiiert, um
möglichst nachstehende Ergebnisse zu erhalten:

1. Alle am Genehmigungsprozess Beteiligte sind mit ihren jeweiligen
Rollen klar definiert. Die Beteiligten werden nicht nur als Datenre-
zipienten sondern auch als Datenlieferanten verstanden.
2. Alle Aufgaben im Genehmigungsprozess sind transparent defi-
niert und den modellierten Prozessen zugeordnet.
3. Alle relevanten Fachdaten sind definiert und bezüglich der Ver-
fügbarkeit (Quellen) und Qualität geprüft worden. Diese Fachda-
ten sind benutzerfreundlich aufbereitet und visualisiert worden.
4. Erkannte Defizite werden benannt und mögliche Lösungsoptio-
nen, ggf. auch mit alternativen Ansätzen, aufgezeigt. Es werden
Empfehlungen erarbeitet, wie die Belange der Transportunter-
nehmen im Verwaltungshandeln berücksichtigt werden können.
5. Aus den gesammelten Erfahrungen werden organisatorische Op-
timierungsvorschläge entwickelt, welche auch die Aktualisierung
der Daten berücksichtigen.
6. Ein Lösungsvorschlag zur Integration der definierten Fachdaten in
das Integrationsnetz Straße ist, ggf. mit Alternativen (Schnittstel-
len, Web-Services, ...), ausgearbeitet worden

In der Abbildung 5 sind die vier Beispielstrecken dargestellt, die im Pilotprojekt betrachtet werden:

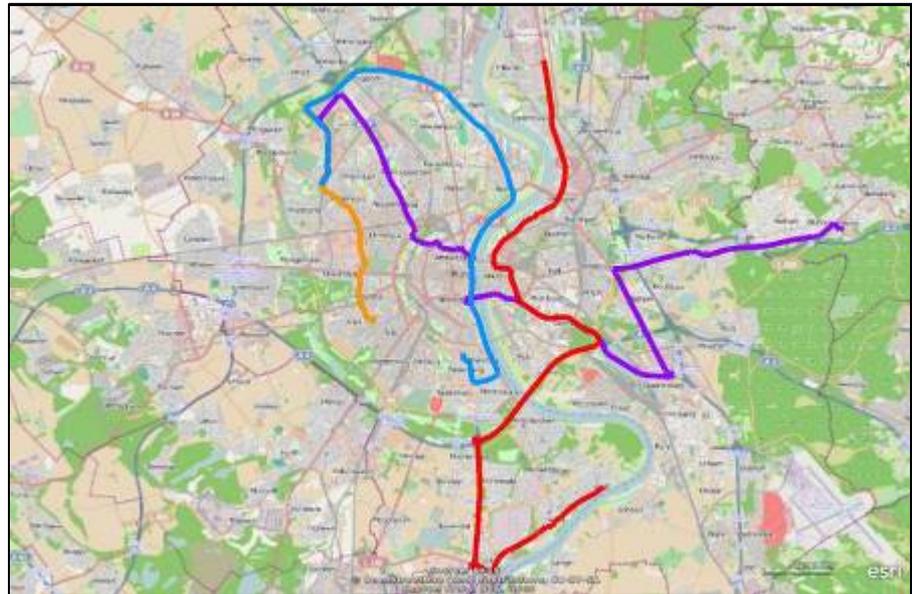


Abbildung 5: Pilotprojekt Köln mit ausgewählten Beispielstrecken⁷

Wirtschaftliche Effekte:

Die wirtschaftlichen Auswirkungen lassen sich derzeit nicht exakt beziffern. Positive wirtschaftliche Effekte sind aber in folgenden Bereichen durch eine optimierte und damit auch schnellere Genehmigungssituation zu erwarten:

Im Einzelnen:

- effizientere Aufgabenerfüllung bei den Fachdienststellen
- schonendere Infrastrukturnutzung, da durch die transparente Datenlage ggf. Schäden schneller erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden können
- Investitionssteuerung im Sinne zielgerichteter und rechtzeitiger Investitionen anhand der vorhandenen Daten (Stadt, Land und Bund).
- schnellere und preisgünstigere Transportabwicklung zur Stärkung der Wirtschaft im Allgemeinen und der Transportwirtschaft im Besonderen => Stärkung des Wirtschaftsstandortes Rheinland.

*Stärkung des
Wirtschaftsstandorts Rheinland*

4. Mobile Government/Apps

Beschreibung:

Eine stärkere Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an den Verwaltungsprozessen über mobile Dienste steht im Fokus vieler Kommunen. Nach einer aktuellen Umfrage planen bereits 40% der befragten Verwaltungen bis zum Jahr 2015 eine Investition in das so-

*Beteiligung der Bürgerschaft an
den Verwaltungsprozessen*

⁷ Quelle: Abbildung M. Werner, Stadt Köln

nannte Mobile Government, die mobilen elektronischen Verwaltungsdienste.⁸

Mit mobilen und vernetzten Verwaltungsdiensten entsteht die Möglichkeit, Verwaltungsprozesse neu zu organisieren. Die Verwaltung geht dorthin, wo sie gebraucht wird, zur Bürgerin und zum Bürger, in die Unternehmen. Bedarfsträger und Leistungsempfänger müssen nicht mehr in die Verwaltung kommen, um ihre Anliegen zu erledigen. Dies bedeutet einen Paradigmenwechsel im Verwaltungsverständnis.

*Paradigmenwechsel
im Verwaltungsverständnis*

Mit dem Ziel, die öffentlichen App-Angebote mehr in den Fokus zu stellen als dies bei den großen Vertriebsplattformen der Hersteller der Fall ist, hat bereits 2012 die Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut für offene Kommunikationssysteme (FOKUS) eine betriebssystemübergreifende Informationsplattform für öffentliche Apps und solche mit Nutzen für die Öffentlichkeit entwickelt.

Im Erprobungsraum Rheinland wurde im Oktober im Vorfeld des Nationalen IT-Gipfels zu diesem Thema ein Workshop zusammen mit dem Bundesministerium des Inneren durchgeführt; ein erster Prototyp der Plattform konnte auf dem Nationalen IT-Gipfel am 13.11.2012 in Essen unter Beteiligung der Mitglieder des Erprobungsraums Rheinland vorgestellt werden.

Aus diesen Aktivitäten entwickelte sich der Gedanke, gemeinsam im Erprobungsraum Rheinland an der Entwicklung von mobilen Lösungen wie Apps zu arbeiten. Damit keine Doppelstrukturen entstehen und Ressourcen sinnvoll gebündelt werden können, wurde zudem eine thematische Kooperation mit dem Arbeitskreis Softwareentwicklung des KDN (KDN-Dachverband Kommunalen IT-Dienstleister) beschlossen, der für sich die Entwicklung mobiler Anwendungen als Schwerpunktthema definiert hat.

*keine Doppelstrukturen,
sondern Kooperationen*

Zunächst wurden in Workshop-Terminen die Apps vorgestellt, die bereits im Erprobungsraum Rheinland entwickelt wurden. Neben den technischen Fragestellungen (native App, response design, html5, ...) galt das Augenmerk der Veranstaltungen vor allem dem Erfahrungsaustausch über den Entwicklungsprozess.

Darauf aufbauend wurde in weiteren Terminen (als „Starterworkshops“) die Zielgruppe der Teilnehmer angesprochen, die erst noch in die APP-Entwicklung einsteigen wollen. Anhand eines Diskurses über Inhalte, Konzeption und Umsetzung in den Gebietskörperschaften, die bereits APPs im Einsatz haben, wurde nicht nur das Thema der Entwicklung, sondern auch der Weiterentwicklung von Apps und mobilen Services vertieft.

Starterworkshops

⁸ Vgl. o. V., Steria Mummert Consulting, Studie „Branchenkompass 2013 Public Services“ vom 15.11.2013, <http://www.steria.com/de/presse/presseinformationen/press-releases-detail/article/mobile-verwaltung-behoerden-investieren-verstaerkt-in-buerger-apps/>, Abruf am 20.11.2013.

*mobile Dienste
im Außendienst*

Ausblick

Für 2014 wird in einer ersten Veranstaltung der Austausch um die mobilen Dienste und Lösungen im Außendienst erweitert werden.

Blaupausen entwickeln

Wirtschaftliche Effekte:

Bei der Entwicklung und Erprobung von Lösungen für mobile Verwaltungsdienste und vernetzte Aufgabenerledigung wurde im gemeinsamen Austausch erkannt, dass es nicht sinnvoll ist, wenn jede Verwaltung zu den gleichen Fragestellungen individuelle Lösungen entwickelt. Einer alleine schafft es nicht – gerade mit Blick auf die Aufgabenfülle in den Kommunen und die personellen und finanziellen Möglichkeiten. Blaupausen und gemeinsame Projekte bieten die Chance, ressourcenschonend Antworten auf die Erfordernisse moderner, innovativer und mobiler Verwaltung zu finden.

5. Energiemanagement/CO₂-Zertifizierung

*Energiebedarf
in Rechenzentren*

Beschreibung:

Das Thema Energieeffizienz/Green IT/CO₂-Bilanzierung gewinnt zunehmende Bedeutung, gerade auch für Kommunen. Zeitlich durchgängig verfügbare mobile Services („always on“), wachsende Datenmengen und größere Datenvolumina beispielsweise durch die stärkere Einbindung von kartenbasierten Geo-Anwendungen benötigen eine immer leistungsfähigere IT-Infrastruktur. Deren Betrieb bedarf eines gezielten Energiemanagements, um den Energieverbrauch zu reduzieren und eine exorbitante Kostensteigerung zu vermeiden.

*Energiemanagement
in Gebäuden*

Dies gilt auch für das Energiemanagement in Gebäuden, die von Kommunen unterhalten werden wie beispielsweise von Schulen, Kindertagesstätten und Verwaltungsgebäuden. Eine transparente Kostenerfassung und deren verursachergerechte Zuordnung sind wichtige Faktoren, um die Instandhaltung von und die Investitionen in den öffentlichen Baubestand sinnvoll und nachhaltig planen zu können. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse und die Transparenz der Daten können zudem im Sinne von Open Data für die offene Kommunikation und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger genutzt werden. Entsprechende Projektansätze gibt es im Erprobungsraum Rheinland beispielsweise in der Stadt Aachen.⁹

Elektromobilität

Schließlich ist auch die Elektromobilität ein Zukunftsthema für Kommunen, sowohl mit Blick auf die (in Verbindung mit Energieversorgern zu konzipierende) Bereitstellung von Ladestationen für die Nutzung durch Bürgerinnen und Bürgern als auch mit Blick auf Dienstfahrzeuge der Verwaltung.

Ausblick:

Das Thema Co₂-Effizienz war ursprünglich als eines der Fachforen für die Regionalkonferenz der Metropolregion Rhein-Neckar im November 2013 vorgesehen. Durch eine Verschiebung dieses Forums ergibt sich nun die Möglichkeit für einen gemeinsamen Workshop beider Erprobungsräume Anfang 2014. In diesem sollen bereits be-

⁹ Vgl. Rehfeld, Dieter, in: Ausgabe VITAKO aktuell aus 08/2013, S. 7, http://www.vitako.de/Publikationen/Documents/VITAKO_13_3_Web.pdf, Ab-ruf am 17.10.2013.

stehende Ansätze/Vorhaben des kommunalen Energiemanagements betrachtet werden.

Wirtschaftliche Effekte:

Ein flächendeckendes Energiemanagement in den Gebietskörperschaften wird benötigt, um den Energieverbrauch zu reduzieren und künftige Kostensteigerung – auch vor dem Hintergrund der Energiewende – zu vermeiden.

6. Kompetenzzentrum Rechtsberatung

Beschreibung:

Die Rechtsämter der Städte Aachen, Bonn, Köln und Düsseldorf führen seit 2012 einen jährlichen Erfahrungsaustausch durch. Neben der gemeinsamen Fortbildung steht die Vernetzung der Fachexperten aus den verschiedenen Städten im Mittelpunkt.

*Erfahrungsaustausch der
Rechtsämter*

Nach erfolgreichem Auftrag in Düsseldorf 2012 fand im Juli 2013 die zweite Veranstaltung in Köln statt, erstmals auch unter Beteiligung der Rechtsämter aus Essen und Leverkusen. Auf der Agenda standen vergabe- und steuerrechtliche Aspekte der interkommunalen Zusammenarbeit, EU-Beihilfenrecht, Flashmob und andere aktuelle Fragen des Ordnungsrechts, aktuelle Fragen des Kommunalverfassungsrechts, Konnexität, Kommunales Urheberrecht oder Informationsfreiheitsrecht.

Es ist beabsichtigt, diesen Austausch als festen jährlichen Termin im Sinne eines Kompetenznetzwerks der kommunalen Rechtsämter in der Region und im Rahmen des Erprobungsraums Rheinland zu etablieren.

In Vertiefung der Zusammenarbeit führte die Stadt Köln im Oktober 2013 einen Workshop 2013 zum Thema Vertragsmanagement durch. „Vertragsmanagement“ umfasst alle planerischen und organisatorischen Tätigkeiten im Zusammenhang mit Verträgen: von der Planung über die Verhandlung, den Abschluss, die Durchführung, das Controlling bis hin zur Archivierung. Ermöglicht werden soll ein umfassender, aktueller Überblick über die in der Verwaltung bestehenden Vertragswerke, vertragsrelevante Termine und Fristen. Inhalt des gemeinsamen Workshops im Oktober 2013 waren die lokalen Lösungsansätze und bisherigen Erfahrungen zum Vertragsmanagement.

Vertragsmanagement

Ausblick:

Der Erfahrungsaustausch wird 2014 mit dem Jahrestreffen in Bonn fortgesetzt. Zudem soll die Zusammenarbeit punktuell durch zusätzliche Workshops intensiviert werden.

7. Multikanalfähigkeit der Behördennummer 115

Beschreibung:

Seit der Einführung der Behördennummer 115 gibt die öffentliche Verwaltung unter einer einzigen Telefonnummer, der 115, kompetente Auskünfte zu ihren Leistungen. Das Projekt 115 startete am 24. März 2009 in den Modellregionen. Es folgte über einen Zeitraum von rund zwei Jahren eine Pilotphase. Weitere Kommunen, Landes- und

*Modellprojekt 115 jetzt
im Regelbetrieb*

Bundesverwaltungen im gesamten Bundesgebiet schlossen sich in dieser Zeit dem 115-Verbund neu an. Am 14. April 2011 ging 115 in den Regelbetrieb über. Anfang 2013 wurde die weitere strategische Ausrichtung für den 115-Verbund konkretisiert, festgelegt und durch den IT-Planungsrat zur Kenntnis genommen. Ein inhaltlicher Schwerpunkt ist dabei die Multikanalfähigkeit der 115.

*innovative Weiterentwicklung
zur Multikanalfähigkeit*

Der Erprobungsraum Rheinland begleitet innovative Weiterentwicklungen bei der Behördennummer 115 und möchte weitere Teilnehmer gewinnen. Die Aktivitäten umfassen dabei Anregungen zur Multikanalfähigkeit, die Beteiligung an einem Entwicklungs- und Erprobungsprojekt „Wissensbasiertes Assistenzsystem für regelgesteuerte Antragsprozesse im e-Government“ des Landes Rheinland-Pfalz sowie die Entwicklung einer 115-App.

Multikanalfähigkeit der 115

Multikanalfähigkeit:

Vor diesem Hintergrund moderierten auf der dritten 115 Teilnehmerkonferenz im April 2013 in Ludwigshafen Vertreter aus dem Erprobungsraum Rheinland und der Metropolregion Rhein-Neckar gemeinsam ein Fachforum zur Multikanalfähigkeit der Behördennummer 115 (siehe Abbildung 6). Sowohl die Chancen ("eine notwendige Ergänzung des bisherigen 115 Services"), als auch die Risiken für die Behördennummer 115 ("wird die telefonische Auskunft damit nicht überfrachtet?") wurden intensiv erörtert.

Ein weiterer Diskussionsschwerpunkt beschäftigte sich mit der Frage, wie die Behördennummer 115 in die Entwicklung einer übergeordneten Multikanalstrategie, wie sie die Nationale E-Government-Strategie fordert, eingebunden werden kann. Hier wurden beispielsweise das 115 Serviceversprechen und die hohe Auskunftqualität als erste Anhaltspunkte dafür erkannt, mit welcher Verbindlichkeit eine solche Multikanalstrategie ausgestaltet werden muss.

Die Integration des zentralen E-Mail-Eingangs der Verwaltung in das 115 Servicecenter oder die Ergänzung der telefonischen Auskunft durch die Integration von einfachen Online-Anwendungen (beispielsweise Online-Terminvereinbarung) wurden als erste Umsetzungsszenarien gesehen. Ziel ist es, diese bisher lokalen Lösungen im gesamten 115-Verbund zur Verfügung zu stellen.



Abbildung 6: gemeinsamer Thementisch der beiden Erprobungsräume

Projekt "Wissensbasiertes Assistenzsystem für regelgesteuerte Antragsprozesse im E-Government"

Bereits heute besteht bei einigen Servicecentern im 115-Verbund die Möglichkeit, im Rahmen der Beantwortung einer telefonischen Anfrage bei Bedarf und auf Wunsch des Anrufenden in den Onlinezugang / Internetauftritt der Verwaltung zu wechseln und dort im Rahmen des Gespräches weitere Eingaben vorzunehmen.

Typische Beispiele für diese ergänzende Nutzung sind die Angebote „Terminvereinbarung Online“ (wird z.B. bei den 115-Teilnehmern Stadt Köln und Stadt Magdeburg über die 115 angeboten) oder die "Statusabfrage zur Passbeantragung" (115 Angebot in der Stadt Köln). Dazu wird ein in der Wissenssuche hinterlegter Formularlink aufgerufen und im Telefonat ausgefüllt. Je häufiger dieser Dienst im Rahmen des 115-Verbundes angeboten wird, desto komplexer werden für die Agentin bzw. den Agenten durch die unterschiedlichen Darstellungs- und Umsetzungsformen die Orientierung und die erforderliche schnelle Unterstützung bei der Abwicklung des Kundenwunsches.

Auf Basis identifizierter Antragsprozesse erfolgte eine Priorisierung, um die drei Szenarien zu ermitteln, die im weiteren Projektverlauf untersucht werden.

Für die Einbindung der Behördennummer 115 werden im Projekt drei fachbezogene, prozessspezifische Prototypen konzipiert und realisiert, die sowohl für die Bürgerin und den Bürger via Selfservice als auch für eine Call-Center Agentin bzw. einen Call-Center Agenten optimalen Nutzen bieten.

Wissensbasiertes Assistenzsystem für regelgesteuerte Antragsprozesse im E-Government"

Entwicklung von Prototypen

Ergänzend soll ein viertes Szenario auf der Basis des Leistungskataloges der öffentlichen Verwaltung (LeiKa) aufgebaut werden, das in Richtung einer regelbasierten Identifizierung bzw. Zusammenführung von Leistungen geht.

115-App

Entwicklung einer 115-App:

Im Rahmen des Koordinierungsprojektes „Moderne Bürgerdienste“ des IT-Planungsrats wird unter anderem die Integration verschiedener Zugangskanäle für die Bürger zu behördlichen Leistungen gefördert. Hierzu hat das Land Rheinland-Pfalz den Auftrag zur Entwicklung einer 115-App im Rahmen der Multikanalfähigkeit der 115 übertragen bekommen.

Zusätzlich zu der telefonischen Kontaktmöglichkeit soll, um die Anforderungen der mobilen Kommunikation vollständiger zu erfüllen, über eine kostenlose App für Smartphones und Tablets ein weiterer 115-Zugangskanal geschaffen werden. Über diese mobile Lösung (im Weiteren als 115-App bezeichnet) können Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen elektronische Anfragen zu 115-Themen stellen bzw. über online zur Verfügung gestellte Informationen nach den gewünschten Auskünften selbstständig suchen.

Die fachlichen wie auch die technischen Anforderungen wurden durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit diskutiert, beschrieben und in einem Grobkonzept zusammengefasst, das der zentralen Arbeitsgruppe (ZAG) im 115 Verbund vorgelegt wird. Auf dieser Basis erfolgt dann die weitere Projektplanung und –realisierung im Rahmen einer Feinkonzeption.

Ausblick:

Es wurde ein kontinuierlicher bilateraler Informationsaustausch zwischen der Metropolregion Rhein-Neckar und dem Erprobungsraum Rheinland zur Multikanalfähigkeit verabredet. Dazu werden in den nächsten Sitzungen der Themenarbeitsgruppe „Multikanalfähigkeit der 115“ erste Maßnahmen beschrieben, mit denen in ausgewählten Service-Centern die Multikanalfähigkeit der 115 pilotiert werden kann. Insbesondere Kooperationen, wie sie im "Erprobungsraum Rheinland" oder der "Metropolregion Rhein-Neckar" bestehen, können bei der Umsetzung frühzeitig für eine höhere Akzeptanz sorgen und durch die beteiligten Kommunen für Erleichterungen bei der erforderlichen Verbreitung der neuen Lösungen beitragen.

Im Projekt „Wissensbasierter Assistenzsystem für regelgesteuerte Antragsprozesse im E-Government“ nehmen Vertreter des Erprobungsraums Rheinland an den Lenkungssitzungen des User Consultation Boards teil.

Das Grobkonzept für eine 115-App wurde Ende 2013 fertiggestellt und bildet die Basis für die weiteren Projektschritte.

Wirtschaftliche Effekte:

Die Multikanalfähigkeit der Behördennummer 115 wird zu einer weiteren Entlastung der Fachverwaltung von Routineanfragen und –arbeiten beitragen können.

Ein regelbasiertes System wie das im Projekt Wissensbasiertes Assistenzsystem für regelgesteuerte Antragsprozesse minimiert Unterbrechungszeiten im Prozess durch die integrierte Regelprüfung. Ein langfristiger Vorteil wird vor allem in der Bereitstellung von Regeln gesehen. Zudem entsteht ein weiterer Mehrwert dadurch, dass Regeln und Antragsprozess nicht mehrfach durch verschiedene Stellen interpretiert werden müssen, sondern zentral durch die Regelbasis bereit stehen. Auch bei einer bundeseinheitlichen Regelerstellung hat jede Verwaltung die Möglichkeit, diese einheitlichen Regeln durch eigene Regeln zu ergänzen.

Im Rahmen der Entwicklung einer 115-App werden eine generische Lösung und ein Prototyp umgesetzt. Die generische Lösung und die dazu gehörende Dokumentation werden dem Bund, Ländern und Kommunen anschließend kostenfrei zur Verfügung gestellt. Hierdurch reduzieren sich lokale Entwicklungskosten für diese App.

8. Ausländerwesen

Beschreibung:

Derzeit gibt es bundesweit verschiedene Lösungen für die Führung von Ausländerakten. Neben der herkömmlichen Ablage und Aktenführung in Papierform gibt es auch elektronische Lösungen in den Ausländerämtern. Dies führt zu Medienbrüchen in der Datenbereitstellung bei interkommunalen Amtshilfeersuchen: teilweise werden Daten digital bereitgestellt, teilweise in Papierform per Boten übermittelt. Daraus resultieren unterschiedliche Bearbeitungsweisen und Bearbeitungszeiten.

Medienbrüche in der Datenbereitstellung

Die Möglichkeiten einer einheitlichen Datenbereitstellung sollen in einem Pilotprojekt zur elektronischen Ausländerakte ermittelt werden. Ziel ist es, über eine Optimierung der Arbeit in den Ausländerbehörden mehr Zeit für die Kunden zu erhalten und weniger Zeitaufwand für Aktenbeschaffung zu benötigen. Damit entstehen die Rahmenbedingungen, um eine Willkommenskultur zu implementieren und zu etablieren.

Im Pilotprojekt „elektronische Ausländerakte“ erfolgen derzeit Befragungen und externe Evaluierung der Bedarfe im Bereich Ausländeramt. Auf Basis der Evaluierungsergebnisse sollen die künftigen Schwerpunkte der Weiterentwicklung gemeinsam mit Vertretern der Beteiligten Ausländerbehörden (Köln und evtl. Essen als Kölner Patenbehörde) und ggf. dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BaMF) festgelegt werden.

Willkommenskultur in den Ausländerbehörden

Ausblick:

Das Pilotprojekt soll als ein gemeinsames Vorhaben der Kölner und evtl. der Essener Ausländerbehörde (als Patenbehörde Kölns) in den Erprobungsraum Rheinland eingebracht werden (im Sinne einer Blaupause).

Pilotprojekt eAusländerakte

Wirtschaftliche Effekte:

Mit einer medienbruchfreien Lösung entfallen lange ineffiziente und kostenintensive Recherchezeiten für die Beschäftigten; Bearbeitungszeiten können zugunsten der Beratung genutzt werden.

Der Wirtschaftsstandort wird durch eine Willkommenskultur in den Ausländerbehörden gestärkt.

Druckkosten und Lagerkosten für Papier und Akten werden erheblich reduziert.

B. Schwerpunktthema Offene Bildungsinfrastrukturen

Im Kooperationsfeld „Offene Bildungsinfrastrukturen“ finden eine Vielzahl an Maßnahmen und Aktivitäten statt. Ziel all dieser Bemühungen ist es, die Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße, bedarfsorientierte Ausbildung zu verbessern und technische Standards im Bildungsbereich zu fördern. Dies ist eine Aufgabe, die sich jeder Schulträger stellen muss, um im Rahmen des erweiterten Lehrauftrages eine abgestimmte Bereitstellung der finanziellen Mittel für die technische Ausstattung der Schulen zu gewährleisten.

1. Freie Bildungsmaterialien

Beschreibung:

Der Umgang mit frei verfügbaren Lern- und Lehrmaterialien ist ein Aspekt des Themas „Offene Bildungsinfrastrukturen“, der von Mitgliedern des Erprobungsraum Rheinland gefördert wird.

Bei Open Educational Resources (OER) handelt es sich um Lern- und Lehrmaterialien, die vom Urheber unter einer offenen Lizenz zur Verfügung gestellt werden. Dadurch stehen die Materialien, ohne oder mit nur geringfügigen Einschränkungen, den Nutzern kostenlos zur Verfügung, können bearbeitet und weitergegeben werden. Die Spannweite dieser Materialien reicht von Arbeitsblättern für den Schulunterricht über Lehrbücher bis hin zu vollständigen Kursmaterialien einer Hochschule mit Video- und Audiomaterialien.¹⁰

Begriff OER

Im September 2013 fand auf Initiative des Amtes für Informationsverarbeitung und des Amtes für Schulentwicklung im Joseph-DuMont-Berufskolleg in Köln-Bilderstöckchen ein sogenanntes OER BarCamp zum Thema „Freie Bildungsmaterialien“ statt (vgl. Abbildung 7). Rund 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Köln und ganz Deutschland diskutierten auf dem BarCamp die Möglichkeiten und Vorteile, aber auch die Unsicherheiten, die die Nutzung frei zugänglicher Bildungsmaterialien mit sich bringt.

OER BarCamp

Warum wurde die Veranstaltung in Form eines BarCamps abgehalten? Ein BarCamp ist eine Tagung mit Workshops, deren Inhalte und deren Ablauf von allen Beteiligten im Verlauf der Veranstaltung selbst entwickelt und im weiteren Fortgang mit gestaltet werden kann. Bei einem BarCamp stehen – anders als bei einem Kongress – Diskussionen von Anfang an im Vordergrund. Jeder kann sich beteiligen, jeder kann Referentin oder Referent werden. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmern des BarCamps werfen Fragestellungen auf, stoßen interessante Aspekte an und lösen damit spannende Diskussionen und

¹⁰ Vgl. o. V., „Was sind Open Educational Resources? Und andere häufig gestellte Fragen zu OER“, Deutsche UNESCO-Kommission, Bonn 2013, S. 4, bearbeitete Übersetzung von: Neil Butcher, „A Basic Guide to Open Educational Resources (OER)“, hrsg. von Commonwealth of Learning und UNESCO, 2011, S. 1-22, http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bildung/Was_sind_OER_cc.pdf, Abruf am 18.11.2013.

interessante Gespräche aus. Auch lässt ein BarCamp Spielraum für spontane Aktionen zu.

Der Teilnehmerkreis umfasste Personen aus den unterschiedlichsten Bereichen. Neben Fachleuten aus Bildungseinrichtungen und Organisationen wie UNESCO und UNICEF kamen die meisten Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus dem Schul- und Hochschulbereich. Mehrere Hochschulen aus Nordrhein-Westfalen waren vertreten, aber zum Beispiel auch die Zeppelin-Universität aus Friedrichshafen und die Technische Universität Darmstadt. Zudem nahmen zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulleiterinnen und Schulleiter teil, die sich vorher noch nie mit dem Thema „OER“ beschäftigt hatten. Interessierte, die an der Veranstaltung nicht persönlich teilnehmen konnten, verfolgten diese von außerhalb über den Live-Stream oder Twitter.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde ebenfalls überlegt, eine Mediawiki-Plattform zum Austausch von Ideen, Inhalten und Konzepten zu freien Bildungsmaterialien aufzubauen. Mediawiki ist eine freie Software, die es ermöglicht, eine Webseite nicht nur zu lesen, sondern zusammen mit anderen Personen in Echtzeit zu bearbeiten.¹¹

Ziel des Mediawiki ist es, interessierten Personen – nicht nur aus dem Erprobungsraum Rheinland – die Möglichkeit zu geben, gemeinschaftlich an Fragen, Konzepten und Ideen zu freien Bildungsmaterialien zu arbeiten. Themen dafür sind beispielsweise die Lizenzierung, Umsetzung einer Qualitätssicherung oder Bildung von Standards.

Damit Doppelstrukturen und Mehrfachaufwand vermieden werden, wird derzeit überlegt, das bereits vorhandene und etablierte Schul-WiKi Köln, ein Mediawiki für die Schulen, für weitere interessierte Personen und Parteien zu öffnen. Eine entsprechende Prüfung und Anpassung der Nutzungsbedingungen und des Systems soll erfolgen.

Ausblick:

Aufgrund der positiven Resonanz ist es angedacht, die Veranstaltung "OER Köln - Camp für freie Bildungsmaterialien" 2014 zu wiederholen. Zudem werden geeignete Informations- und Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte erörtert, mit denen diese über die Möglichkeiten und den Einsatz freier Bildungsmaterialien geschult und in ihrer Medienkompetenz gestärkt werden können.

Wirtschaftliche Effekte:

Eine Entlastung der Schulträger auf monetärer Ebene ist mittelfristig nicht zu erwarten, obwohl freie Bildungsmaterialien unentgeltlich bezogen werden können. Dies liegt daran, dass es noch an entsprechenden Strukturen und Wissen für den unterrichtskonformen Einsatz von OER fehlt. Um diese aufzubauen und zu vermitteln, werden in den kommenden Jahren weitere Ressourcen benötigt.

¹¹ Vgl. Pelka, Bastian, et. al., „ein Mediawiki-Handbuch von Einsteigern für Einsteiger“, Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung (IJK) der Hochschule für Musik und Theater Hannover, Hannover 2008, S. 7, http://www.ijk.hmtm-hannover.de/fileadmin/www.ijk/pdf/aktuelles/wiki-handbuch_080204.pdf, Ab-ruf am 20.11.2013.



Abbildung 7: Einladung OER-Camp

2. LOGINEO

Beschreibung:

Mitglieder des Erprobungsraums Rheinland arbeiten zusammen beim Aufbau, der Erweiterung und der Einführung des modular aufgebauten, integrierten Bildungsportals LOGINEO. Federführend sind dabei LVR-InfoKom, das KRZN und die Region ist Aachen. Ziel von LOGINEO ist es Schulen ein System bereitzustellen, dass die notwendigen Kommunikationsmedien und Möglichkeiten einer digitalen Gesellschaft bietet und sich mit anderen Anwendungen aus dem Schulumfeld verbinden lässt.

LOGINEO

Bei LOGINEO handelt es sich um ein offenes Basissystem, das den Schulen eine Anzahl von Grundfunktionen bietet. Dazu gehören insbesondere E-Mail, Kalender, Dateiablage oder News. Zusätzlich unterstützt das System die Anbindung verschiedenster Systeme wie z. B. Lernplattformen, Schulmediendienste oder Stundenplansoftware über Single-Sign.-On.¹² Gesteuert wird dies alles über eine zentrale Benutzerverwaltung auf Basis der vorhandenen Schulverwaltungssysteme, was den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich hält.

Ausblick:

Das LOGINEO Basissystem wird bereits in zahlreichen Schulen eingesetzt. Weitere Interessenten, nicht nur Teilnehmer des Erprobungsraums Rheinlands, befassen sich zudem mit einer möglichen Integration von LOGINEO in die IT-Infrastruktur der Schulen.

¹² Vgl. Becker, Sven, „Logineo beginnt Pilotphase in 60 deutschen Schulen“ in: Digitales Lernen vom 04.05.2012, <http://www.digitales-lernen.de/nachrichten/technik/einzelansicht/artikel/logineo-beginnt-pilotphase-in-60-deutschen-schulen.html>, Abruf am 18.11.2013.

Wirtschaftliche Effekte:

Mit LOGINEO steht den Schulen ein System zur Verfügung, das speziell auf deren Bedürfnisse zugeschnitten wurde und dessen administrativer Aufwand durch die Nutzung bereits vorhandener Daten stark reduziert ist. Durch den Aufbau als zentrales webbasiertes Portal kommen zusätzlich die Vorteile eines Cloudsystems zum Tragen. Dazu gehört u. a. der Wegfall lokaler Systemadministration oder die bedarfsgerechte Skalierbarkeit des Basissystems.

3. Bandbreitenübersicht

Beschreibung:

Für fast alle informationstechnisch-gestützten Projekte an Schulen spielt die Internetanbindung eine Rolle. Aus diesem Grund wird eine Internet-Bandbreitenübersicht erstellt.

Dabei wird nicht nur die theoretisch mögliche oder vertraglich vereinbarte Bandbreite angegeben, sondern die tatsächlich zur Verfügung stehende. An dem Projekt beteiligen sich mehrere Mitglieder des Erprobungsraums Rheinland.

Ziel ist es, eine Übersichtskarte der zur Verfügung stehenden Internetbandbreite für die Bildungslandschaft der beteiligten Gebietskörperschaften zu erstellen.

Der Prototyp der Bandbreitenübersicht wurde bereits fertiggestellt und die aktuell vorliegenden Bandbreiteninformationen eingepflegt (siehe Beispiel in Abbildung 8). Der Prozess zur Freigabe für das Internet wurde ebenfalls angestoßen.

*Ausbau der Internetanbindung
für Schulen*

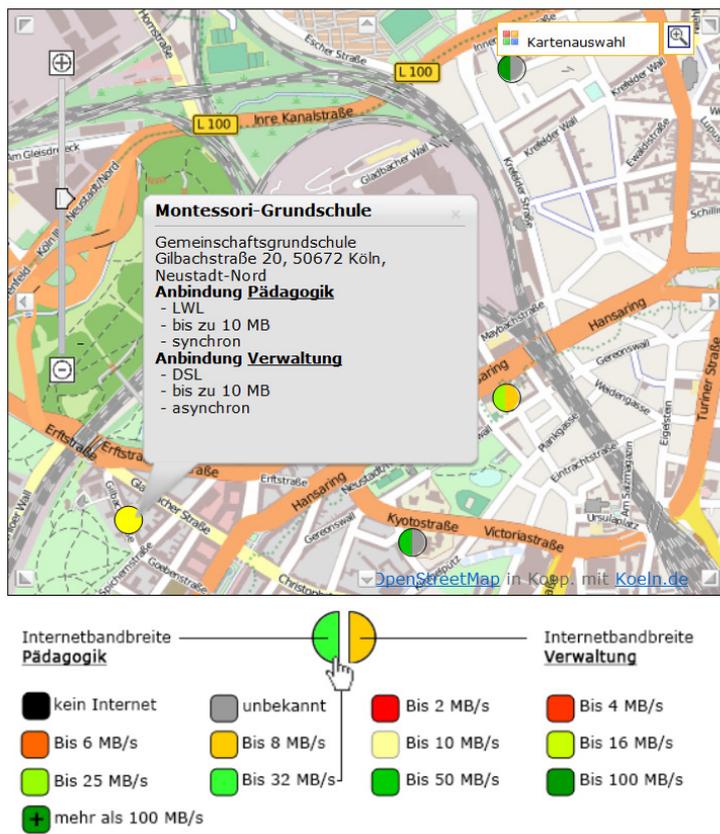


Abbildung 8: Beispiel 1 Breitbandatlas Köln

Ausblick:

Es ist geplant, eine Bandbreitenübersicht der Internetanschlüsse aller Schulen im Erprobungsraum Rheinland zu erstellen. Alle interessierten Mitglieder des Erprobungsraum Rheinland können sich gerne bei der Stadt Köln unter „pb-schulen@stadt-koeln.de“ melden.

Wirtschaftliche Effekte:

Auf Basis der Bandbreitenübersicht wird geprüft, wie und mit welchen möglichen Fördermitteln der Ausbau der Internetanbindung verbessert werden kann.

4. uCloud

Beschreibung:

Im Erprobungsraum Rheinland wird ein zentraler webbasierter Speicherdienst, auf Basis der freien Software OwnCloud, umgesetzt. Das Angebot wird unter der Bezeichnung uCloud von der regio-iT Aachen bereitgestellt, die als kommunale IT-Dienstleisterin und Betreiberin eines eigenen Rechenzentrums auch die Anforderungen an den notwendigen Datenschutz für Schulen erfüllt.

Der Leistungsumfang von uCloud ist nicht nur auf Funktionen einer Dateiablage beschränkt, sondern bietet auch die Möglichkeit, E-Mail-Konten oder Kalender einzubinden und zu verwalten. Zusätzlich kann uCloud mit anderen Systemen verbunden werden, um die Benutzerverwaltung zu vereinfachen.

zentraler Speicherdienst für Schulen

Ausblick:

Die Schulen der interessierten Mitglieder des Erprobungsraums Rheinland erhalten eine bedarfsgerechte Versorgung mit dem zentralen webbasierten Speicherdienst.

Wirtschaftliche Effekte:

Durch eine zentrale Lösung entfallen Aufwand und Kosten für die Bereitstellung und Pflege lokaler Lösungen an den Schulen.

5. Schulübergangsmangement

Beschreibung:

Das Schulübergangsmangement beinhaltet im Sinne des Schulservices die Einführung eines Online-Systems, das die Schulen insbesondere bei der Sprachstandserhebung, der Einschulung und dem Schulübergang in die Sekundarstufe II unterstützt.

Ausblick:

Im Sinne des Schulservices ist die flächendeckende Einführung geplant. Ein enger Austausch der Schulträger und Schuldezernentinnen und Schuldezernenten im Erprobungsraum Rheinland ist geplant.

Eine Einführung ist beispielsweise in Köln zum Schuljahr 2015/16 geplant.

Wirtschaftliche Effekte:

Das Online-System erleichtert und reduziert den bisherigen Verwaltungsaufwand mit unterschiedlichen Daten und Medienbrüchen.

6. Vorläufiges Resümee

Der Erprobungsraum Rheinland und deren Mitglieder sind in allen wesentlichen Bereichen zur Weiterentwicklung der Bildungslandschaft vertreten, wenn nicht sogar federführend. Dies umfasst Projekte zur Einführung mobiler Endgeräte, dem digitalisieren von Lerninhalten durch eLearning Angebote, freie Bildungsmaterialien oder notwendige Cloud und Kommunikationsplattformen. Durch die Zusammenarbeit und Unterstützung war es im ersten Jahr des Erprobungsraums Rheinland nicht nur möglich, Konzepte und Ideen zu entwickeln, sondern auch konkrete Produkte den Schulen bereits anzubieten.

Online-System

C. Schwerpunktthema Open Data

Die bisherigen, positiven Erfahrungen in der Region mit Beteiligungsformen im Kooperationsfeld „Offene Verwaltungsdaten/politische Teilhabe“ werden weiter vertieft, um den Zugang und den Zugriff auf Informationen der Verwaltung und eine stärkere Beteiligung in politischen Entscheidungs- und Verwaltungsprozessen zu ermöglichen.

*Offene Verwaltungsdaten/
politische Teilhabe*

1. Open Budget

Beschreibung:

Seit 2006 wird alle zwei Jahre über eine Expertenbefragung von der amerikanischen Einrichtung International Budget Partnership der sogenannte Open Budget Index (OBI) erhoben.

Ziel ist es, über diesen Index eine bessere Vergleichbarkeit nationaler Haushalte zu erreichen, mehr Transparenz zu erwirken und darüber einerseits auf Fehlentwicklungen aufmerksam zu machen, andererseits Optimierungspotentiale zu erkennen.

*Haushaltstransparenz
über das Internet*

Die zugrunde liegenden Kriterien setzen auf acht zentralen Haushaltsdokumenten (Pre-Budget Statement, Executive's Budget Proposal, Enacted Budget, Citizens Budget, In-Year Reports, Mid-Year Review, Year-End Report und Audit Report), dem Haushaltsplan und dem Haushaltsprozess auf.

Allerdings wurde bisher weder die Öffnung von Ländern und Kommunen gemessen, noch berücksichtigt dieser Index das Gesamtpotential sozialer Medien im Sinne von Open Budget 2.0. Die Abbildung 9 ist dem Open Budget Index 2012 für Deutschland entnommen.¹³

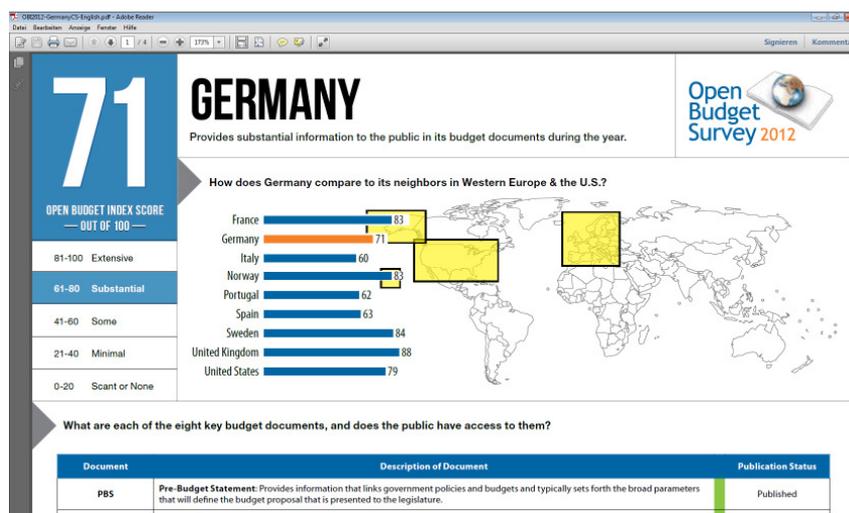


Abbildung 9: Open Budget Index Germany 2012

Das Thema Open Budget Index wurde im Herbst 2012 im Rahmen eines Expertenworkshops mit regionaler Beteiligung diskutiert und als

¹³ Vgl. o. V., International Budget Partnership, <http://internationalbudget.org/wp-content/uploads/OBI2012-GermanyCS-English.pdf>, Abruf am 29.11.2013

grundsätzlich interessant bewertet. Aufgrund der Komplexität wird es allerdings vorerst im Erprobungsraum Rheinland nicht weiter verfolgt.

2. Open Data Workshop

Beschreibung:

Ausgehend von einem im Nachgang zum Open Budget Workshop mehrheitlich geäußerten Wunsch fand im Oktober 2013 ein weiterer Workshop zum Thema Open Data im Erprobungsraum Rheinland statt.

Zielsetzung war es, die Themen konkret zu benennen, die innerhalb des Erprobungsraums definiert und bearbeitet werden könnten. Die erarbeiteten Themen wurden erfasst und an die Teilnehmenden mit der Bitte um entsprechende Rückmeldung verschickt. Die Abbildung 10 zeigt die Offenen Daten Köln als eines der auf dem Workshop präsentierten Themen.

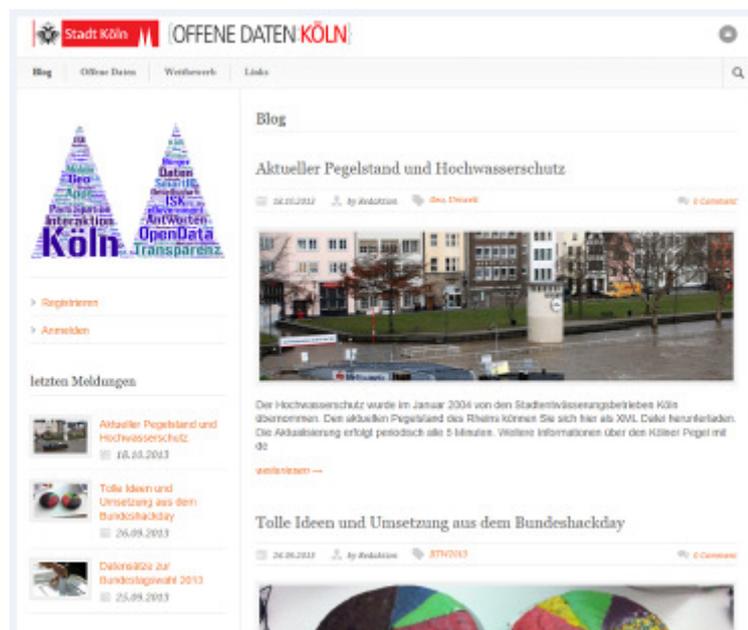


Abbildung 10: Beispiel aus dem Workshop - Offene Daten Köln

Ausblick:

Ausgehend von den Rückmeldungen werden für 2014 konkrete Fragestellungen und Aufgaben festgelegt. Die Ideensammlung für künftige Arbeitsschwerpunkte umfasst u. a.

- Open Data in kleineren Verwaltungen
- Open Data Day Rheinland
- Gemeinsame Überzeugungsarbeit für Open Data in den Verwaltungen
- Best Practices
- OParl
- Gebühren für Daten
- Transparenzgesetz
- Mobilität in der Region (im Sinne von Verkehrsdaten).

Die genannten Themen zeigen vielfältige Schnittstellen zu den weiteren Kooperationsfeldern im Erprobungsraum Rheinland auf. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, der bereits praktizierten Vernetzung aller Akteure.

Vernetzung der Aktivitäten

3. OGD-Cockpit (Initiative Köln – Bonn – Linz)

Beschreibung:

Die Städte Köln, Bonn und Linz haben eine Kooperation im Bereich Open Government Data (OGD) vereinbart. Sie erarbeiten gemeinsam mit dem Zentrum für Verwaltungsforschung in Wien (KDZ) eine Machbarkeitsstudie, die die Möglichkeit eines semantischen Wikis zur Erfassung, Darstellung und Bewertung eines Datenkataloges auf Open-Source-Basis demonstriert (OGD-Cockpit).

Plattform für Open-Government

Eine solche Funktion wird durch die bisherigen Lösungen für OGD-Portale nicht ausreichend unterstützt, ist aber insbesondere für die vorbereitenden Fachbereichsabstimmung innerhalb Verwaltung, der politischen Beratungen und einem Datenmanagement im Regelbetrieb erforderlich.

Der Prototyp basiert auf der Open-Source-Lösung Semantic Media-Wiki (www.semantic-mediawiki.org), einer Erweiterung der Wiki-Software MediaWiki, die mittels Semantic-Web-Technologien ermöglicht, Wikis um Datenbankfunktionen anzureichern. Die Datensätze im OGD-Cockpit können auch über Schnittstellen in verschiedene Software exportiert werden. Die Plattform bietet weitere Funktionalitäten wie Benutzerinteraktion und Suchmöglichkeiten.

Ausblick:

Derzeit wird die Integration in das Datenportal „DKAN“ (auf Drupal-Basis) geprüft. Mit einer Implementierung wird im Frühjahr 2014 gerechnet.

Die innovative Lösung soll künftig als Blaupause genutzt werden können. Auf die Projektwebsite sei verwiesen: www.ogdcockpit.eu

III. Zusammenarbeit mit der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN)

Die Zusammenarbeit der beiden bisherigen bundesdeutschen Erprobungsräume wurde am 28. Juni 2013 förmlich mit der Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen der Metropolregion Rhein-Neckar und dem Erprobungsraum Rheinland unterzeichnet. Ein Bild vom Unterzeichnungstermin enthält die Abbildung 11.

Gemeinsam verfolgen die beiden Regionen vor allem das Ziel, den Zugang zur Verwaltung zu erleichtern, die Prozesse zwischen Wirtschaft und Verwaltung zu verbessern sowie regionale Entwicklungen (mit unterschiedlichen Schwerpunkten) zu unterstützen.

Die vereinbarte Zusammenarbeit umfasst insbesondere den regelmäßigen Austausch über neue Vorhaben und Initiativen, die Erfahrungen und Erkenntnisse in den jeweiligen Projekten sowie die Evaluierung und mögliche Übertragbarkeit von Lösungsansätzen.

Gemeinsam wollen sich die beiden Regionen im Rahmen des IT-Gipfelprozesses zudem für eine bessere Einbindung der kommunalen Ebene bei der Entwicklung innovativer IT-Angebote des Staates und der Umsetzung der Nationalen E-Government-Strategie engagieren.

Als Ansprechpartner zur Koordination der gemeinsamen Aktivitäten wurden für den Erprobungsraum Rheinland Stadtdirektor Guido Kahlen (Stadt Köln) und für die Metropolregion Rhein-Neckar Verbandsdirektor Ralph Schlusche (Verband Region Rhein-Neckar) benannt.



Abbildung 11: Unterzeichnung der Zusammenarbeit am 28.06.2013

Die Abbildung 11 zeigt die an der Unterzeichnung Beteiligten; dies

sind v.l.n.r.: Ralph Schlusche (Verbandsdirektor der Region Rhein-Neckar), Guido Kahlen (Stadtdirektor Stadt Köln), Dr. Eva Lohse (Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen und Vorsitzende des Verbandes Rhein-Neckar), Frau Dr. Christine Brockmann (Leiterin Verwaltungsvereinfachung/E-Government der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH) und Prof. Dr. Andreas Engel (Leiter des Amtes für Informationsverarbeitung der Stadt Köln).

Eine wichtige Grundlage für die Zusammenarbeit bilden das jährlich stattfindende Treffen der beiden Regionen in Form einer Fachkonferenz und ein gemeinsames Treffen der Entscheidungsträger.

Der Erprobungsraum Rheinland hat sich im Rahmen der Zusammenarbeit an der Regionalkonferenz der Metropolregion Rhein-Neckar am 14.11.2013 in Worms beteiligt.

Die Konferenz stand 2013 unter dem Motto „Wirtschaft trifft Verwaltung“. Neben dem allgemeinen Erfahrungsaustausch zwischen den Erprobungsräumen wurde das Fachforum zum Thema „Easy Transport“ [Groß- und Schwerlastverkehr] mit Beiträgen mitgestaltet.

IV. Ausblick

Die gemeinsame Arbeit im Erprobungsraum Rheinland und der Austausch mit der Metropolregion Rhein-Neckar werden in 2014 fortgeführt.

Für das erste Quartal sind bereits themenspezifische Treffen in den Bereichen mobile Government, elektronische Vergabe und CO₂-Zertifizierung (zusammen mit der MRN) geplant.

Eine Zusammenkunft der Mitglieder im Erprobungsraum Rheinland war ursprünglich für den Vorabend des Nationalen IT-Gipfels 2013 in Hamburg vorgesehen. Mit der Verschiebung des 8. IT-Gipfels wurde auch eine Verlegung der Zusammenkunft auf den 20. Oktober 2014, den Vorabend des IT-Gipfels, als sinnvoll erachtet.

Zwischenzeitlich haben sich zudem weitere Gebietskörperschaften für einen Beitritt zum Erprobungsraum Rheinland interessiert.

Es bestehen zudem Planungen, den Informationsaustausch künftig durch eine Austauschplattform zu unterstützen.

V. Veranstaltungsübersicht 2013

Schwerpunktthema Offene Bildungsinfrastrukturen Veranstaltungen

Termine

Kick-off Veranstaltung „Standardisierte Schullösungen“: 07.06.2013

Erfahrungsaustausch zu

- Bildungs-Cloud: Entwicklung von Cloud-Angeboten für die Berufskollegs
- Schulübergangsmanagement: Einführung eines Online-Systems zum Schulübergangsmanagement
- LOGINEO: Erweiterung und Einführung des integrierten Bildungsportals LOGINEO
- Breitband-Atlas: Breitband-Vernetzung der Berufskollegs ("Band der Bildung")
- Open Educational Resources (OER): freie Bildungsmaterialeine für die Bildungslandschaft Köln

OER Köln - Camp für freie Bildungsmaterialien
BarCamp in Köln 21.09.2013

Schwerpunktthema Open Data Veranstaltungen

Termine

Workshop zu Open Budget Index 28.09.2012

Kick-Off Workshop zur Festlegung von Schwerpunktthemen 31.10.2013

Schwerpunktthema Mobile und Vernetzte Verwaltung

eVergabe:

<i>Veranstaltungen</i>	<i>Termine</i>
Programm-Workshop „e-Vergabe“ in Köln	18.02.2013
Workshop Anwendergemeinschaft: mit den aktiv Interessierten des Programm-Workshops vom 18.02.2013 in Köln	29.04.2013
Umfrage zum Thema Vergabemarktplatz und Vergabemanagementsystem unter den aktiv Interessierten des Programm-Workshops vom 18.02.2013	07.06.2013
nächste Sitzung Anwendergemeinschaft	in Planung für 2014
Informationsveranstaltung „Bieter“; e-Vergabe NRW; koordiniert durch LVR-InfoKom	in Planung für 2014

Schwerlasttransporte:

<i>Veranstaltungen</i>	<i>Termine</i>
konstituierung der Projektgruppe "Großraum- und Schwertransporte" beim MBWSV NRW	08.03.2013
konstituierende Sitzung der Unterarbeitsgruppe "Open Data und Schwerlastnavigationssysteme" der Projektgruppe "Großraum- und Schwertransporte" beim MBWSV NRW	10.04.2013
Erfahrungsaustausch Schwerlasttransporte zusammen mit Metropolregion Rhein-Neckar in Köln	23.04.2013
zweite Sitzung des Lenkungskreises Projektgruppe "Großraum- und Schwertransporte" beim MBWSV NRW	06.05.2013
zweite Sitzung der Unterarbeitsgruppe "Open Data und Schwerlastnavigationssysteme" der Projektgruppe "Großraum- und Schwertransporte" beim MBWSV NRW	09.07.2013
dritte Sitzung der Unterarbeitsgruppe "Open Data und Schwerlastnavigationssysteme" der Projektgruppe "Großraum- und Schwertransporte" beim MBWSV	02.10.2013
dritte Sitzung des Lenkungskreises Projektgruppe "Großraum- und Schwertransporte" beim MBWSV	14.10.2013
Sitzung der UAG Erprobungsräume in Mainz; Vorstellung Big Picture für den Erprobungsraum Rheinland (Telefonkonferenz)	24.06.2013

erste Arbeitsgruppensitzung zur Ausarbeitung eines Konzeptes für ein Vorrangnetz	09.09.2013
Aufnahme Geschäftsprozesse	seit 09/2013
Erweiterte Zulassung:	
<i>Veranstaltungen</i>	<i>Termine</i>
Pilotprojekt mit dem Rhein-Erft-Kreis zur überörtlichen Kfz-Zulassung	laufend
Erfahrungsaustausch zum Projekt „Überörtliche Kfz-Zulassung“	in Planung für 2014
Ausländerwesen	
<i>Veranstaltungen</i>	<i>Termine</i>
Pilotprojekt zur eAusländerakte – Auftaktveranstaltung	in Planung für 2014
Kompetenzzentrum Rechtsberatung	
<i>Veranstaltungen</i>	<i>Termine</i>
Fachkonferenz „Wissensnetzwerk Kommunale Rechtsämter“ in Köln	11.07.2013
Erfahrungsaustausch zum Vertragsmanagement	24.10.2013
Multikanalfähigkeit und 115	
<i>Veranstaltungen</i>	<i>Termine</i>
Moderation eines Fachforums auf der 115-Teilnehmerkonferenz unter Beteiligung der Metropolregion Rhein-Neckar in Ludwigshafen	09.04.2013
Multikanalfähigkeit - Projekt Rheinland-Pfalz erstes Treffen beim ISIM RLP in Mainz	17.07.2013
Multikanalfähigkeit - Projekt Rheinland-Pfalz zweites Treffen beim ISIM RLP in Mainz	29.+30.08.2013
Projekt Assistenzsystem für regelgesteuerte Antragsprozesse erster Austausch nach LOI	20.08.2013
Verabschiedung Grobkonzept Projekt Assistenzsystem für regelgesteuerte Antragsprozesse	27.11.2013

Mobile Government und App-Entwicklung

<i>Veranstaltungen</i>	<i>Termine</i>
Vortrag Mobile Government (und Apps) im Rahmen Arbeitskreis eGovernment in der MRN	22.03.2013
Kick-Off Workshop „Mobile Government“ in Wuppertal	27.05.2013
Umfrage zum Mobile Government – hier: Stand und Planung der App-Entwicklung	18.07.2013
erster Folge-Workshop „Mobile Government“ in Wuppertal	18.07.2013
zweiter Folge-Workshop „Mobile Government“ in Wuppertal	09.10.2013
dritter Folge-Workshop „Mobile Government“ in Wuppertal	in Planung für 2014

Energiemanagement

<i>Veranstaltungen</i>	<i>Termine</i>
Workshop Energiemanagement	in Planung für 2014

Kooperation der Erprobungsräume

<i>Veranstaltungen</i>	<i>Termine</i>
Kooperationsvereinbarung MRN	28.06.2013
Regionalkonferenz MRN –mit den Fachforen:	14.11.2013
- Fachforum „Virtuelles Bauamt“	
- Fachforum „Easy Transport“ [Groß- und Schwerlastverkehr]	
- Fachforum „De-Mail und nPA [neuer Personalausweis] im Einsatz“	

VI. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Themen der Auftaktveranstaltungen.....	4
Abbildung 2: Unterzeichnung der Zusammenarbeit am 12.11.2012 in Essen	6
Abbildung 3: Landkarte Erprobungsraum Rheinland	6
Abbildung 4: Aufbau und Verzahnung der Arbeitsgruppen ⁴	14
Abbildung 5: Pilotprojekt Köln mit ausgewählten Beispielstrecken	16
Abbildung 6: gemeinsamer Thementisch der beiden Erprobungsräume	21
Abbildung 7: Einladung OER-Camp.....	27
Abbildung 8: Beispiel 1 Breitbandatlas Köln.....	29
Abbildung 9: Open Budget Index Germany 2012.....	31
Abbildung 10: Beispiel aus dem Workshop - Offene Daten Köln.....	32
Abbildung 11: Unterzeichnung der Zusammenarbeit am 28.06.2013.....	34

VI. Literaturverzeichnis

- Becker, Sven, „Logineo beginnt Pilotphase in 60 deutschen Schulen“ in: Digitales Lernen vom 04.05.2012, <http://www.digital-lernen.de/nachrichten/technik/einzelansicht/artikel/logineo-beginnt-pilotphase-in-60-deutschen-schulen.html>, Abruf am 18.11.2013.
- König, Wolfgang und Bernius, Steffen, Goethe-Universität Frankfurt, in: eGovernment Computing, online Ausgabe vom 06.11.2013, S. 2, <http://www.egovernment-computing.de/fachanwendungen/articles/423864/>, Abruf am 08.11.2013.
- o. V., Projektbeschreibung des Vorhabens XVergabe: XVergabe ist ein 2007 im Rahmen von „Deutschland-Online“ initiiertes Projekt. Die Projektverantwortung liegt beim Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik e.V. (BME), dem Land NRW und dem Beschaffungsdienst des Bundesministeriums des Inneren, <http://www.xvergabe.org/confluence/display/xv/Home>, Abruf am 22.11.2013.
- o. V., VEMAGS = Verfahrensmanagement Groß- und Schwertransporte; <http://www.vemags.de/>, Abruf am 22.11.2013.
- o. V., Steria Mummert Consulting, Studie „Branchenkompass 2013 Public Services“ vom 15.11.2013, <http://www.steria.com/de/presse/presseinformationen/press-releases-detail/article/mobile-verwaltung-behoerden-investieren-verstaerkt-in-buerger-apps/>, Abruf am 20.11.2013.
- o. V., „Was sind Open Educational Resources? Und andere häufig gestellte Fragen zu OER“, Deutsche UNESCO-Kommission, Bonn 2013, S. 4, bearbeitete Übersetzung von: Neil Butcher, „A Basic Guide to Open Educational Resources (OER)“, hrsg. von Commonwealth of learning und UNESCO, 2011, S. 1-22, http://www.unesco.de/fileadmin/medien/Dokumente/Bildung/Was_sind_OER__cc.pdf, Abruf am 18.11.2013.
- o. V., International Budget Partnership, <http://internationalbudget.org/wp-content/uploads/OBI2012-GermanyCS-English.pdf>, Abruf am 29.11.2013
- Pelka, Bastian, et. al., „ein Mediawiki-Handbuch von Einsteigern für Einsteiger“, Institut für Journalistik und Kommunikationsforschung (IJK) der Hochschule für Musik und Theater Hannover, Hannover 2008, S. 7, http://www.ijk.hmtm-hannover.de/fileadmin/www.ijk/pdf/aktuelles/wiki-handbuch_080204.pdf, Abruf am 20.11.2013.
- Rehfeld, Dieter, in: Ausgabe VITAKO aktuell aus 08/2013, S. 7, http://www.vitako.de/Publikationen/Documents/VITAKO_13_3_Web.pdf, Abruf am 17.10.2013.
- Wallau, Frank Wallau/ Fieseler, Jörn und Kröber, Robert; Kosten der Prozesse öffentlicher Auftragsvergabe, in: AWV-Informationen Special II/2008, S. 9, <http://www.awv-net.de/cms/upload/awv-info/pdf/Info-Spezial-II-Br-abbau-2008-S9-13.pdf>, Abruf am 08.11.2013.